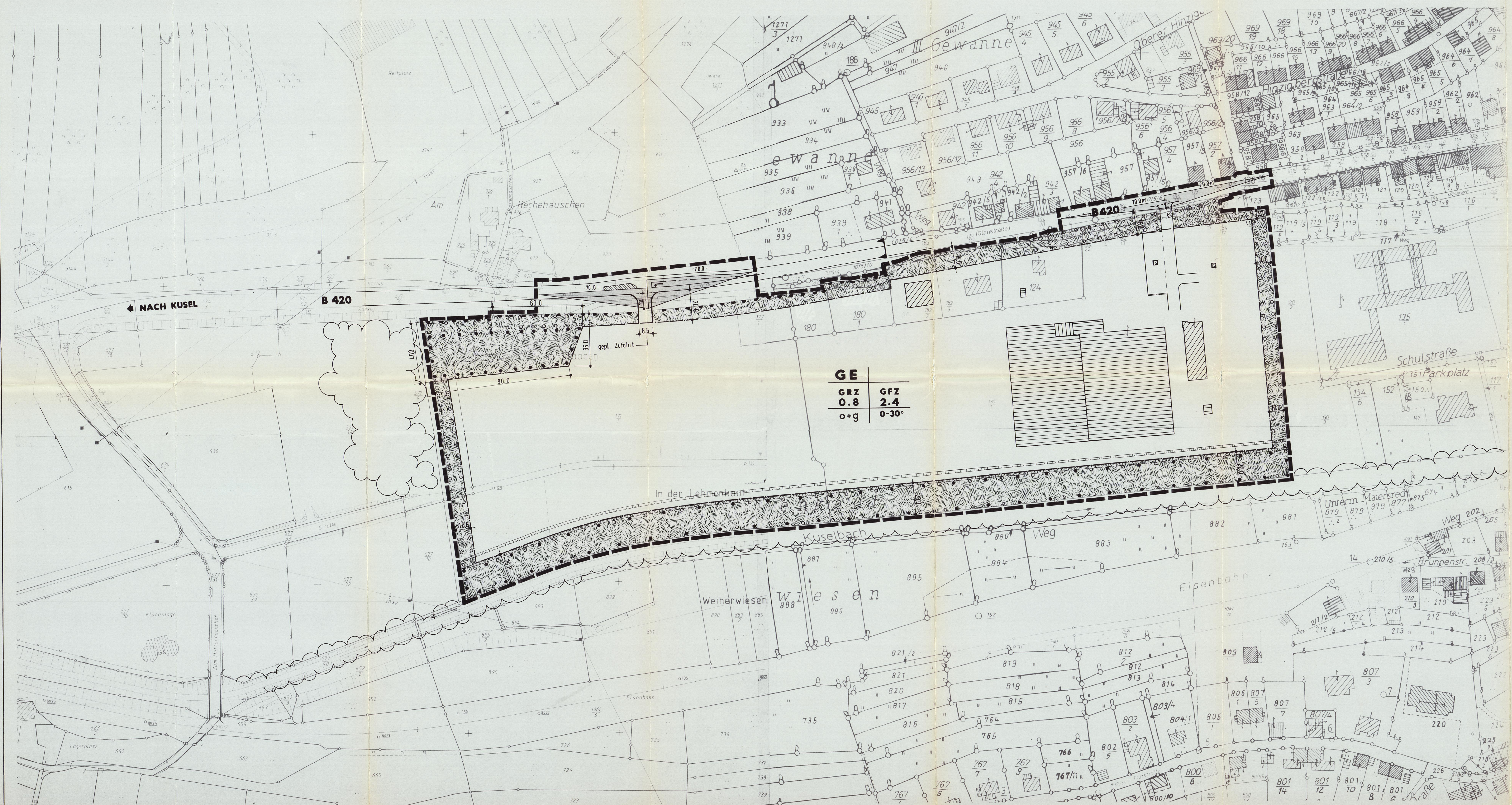
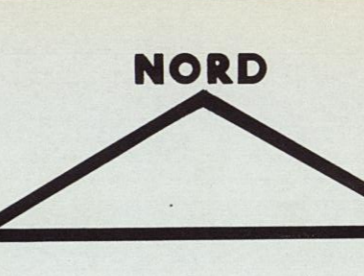


GEMEINDE RAMMELSBACH

BEB.-PLAN „IN DER AU, I.ÄNDERUNG“ M 1:1000



GE	GFZ
GRZ	2.4
0.8	0-30°
o+g	

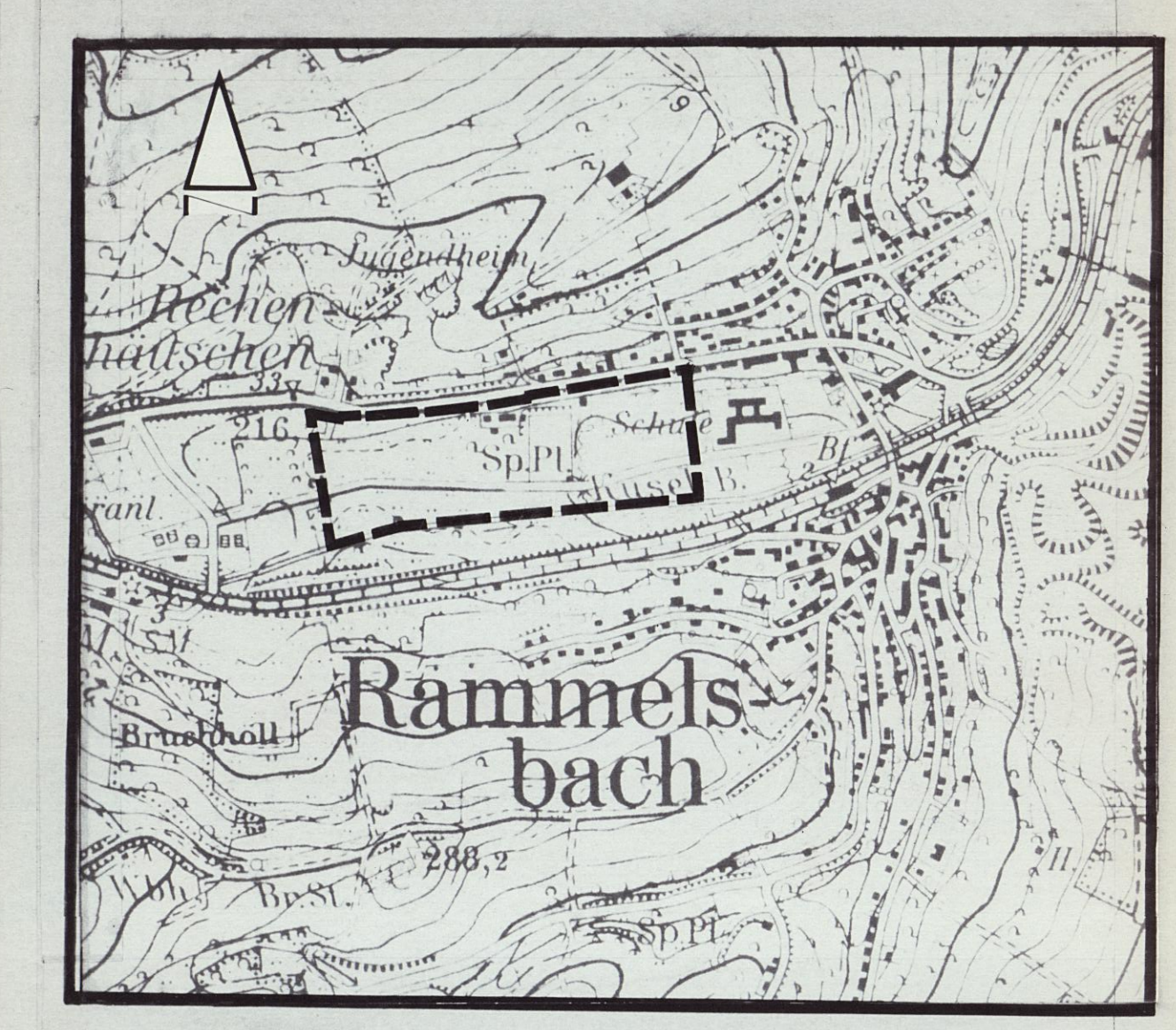
ERLÄUTERUNG DER PLANZEICHEN

- Baugebiet
- Grundflächenzahl
- Bauweise
- GE** Gewerbegebiet
- 0.8** Grundflächenzahl
- 2.4** Geschöfflächenzahl
- o+g** Offene und geschlossene Bauweise
- 0-30°** Dachneigung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Baugrenze
- Best. Grundstücksgrenze
- Best. Grundstücke mit Flurstücksnummer
- Best. Haupt- und Nebengebäude
- Öffentliche Verkehrsfläche
- OD - Grenze
- Bereich ohne Ein- u. Ausfahrt
- Sichtdreieck, von jeglichem sich behinderndem Bewuchs und sich behindernder Einfriedung freizuhalten
- Parkplatz
- Böschungfläche
- Privates Pflanzgebiet
- Flächen mit Bindungen für die Erhaltung von Gehölzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- Flächen mit Bindungen für das Anpflanzen von Gehölzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- Flächen mit Bindungen für die Erhaltung und Anpflanzung von Gehölzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- Bachlauf
- Maßangabe in Meter

VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Ortsgemeinderat hat am **23.08.88** die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen (§ 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB).
 2. Der Beschluss, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am **11.11.88** ortsbüchlich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
 3. Die Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurden mit Schreiben vom **20.11.88** bei der Aufstellung dieses Bebauungsplanes beteiligt (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB).
..... dieser Beteiligten haben Bedenken und Anregungen vorgebracht, die vom Gemeinderat am **24.11.88** geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde denjenigen, die Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom mitgeteilt.
 4. Die Beteiligung der Bürger an dieser Bebauungsplanung wurde am **20.11.88** in Form der **.....** durchgeführt (§ 3 BauGB).
 5. Der Gemeinderat hat am **29.10.89** die Annahme und öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes beschlossen (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB).
Der Bebauungsplan einschließlich den planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen textlichen Festsetzungen und der Begründung hat in der Zeit vom **18.11.89** (Arbeitstag) bis einschließlich **30.11.89** (Arbeitstag) öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB).
Ort und Dauer der Auslegung wurden am **24.10.89** ortsbüchlich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB).
Die nach § 4 Abs. 1 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom **25.10.89** von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB).
Während der Auslegung gingen **.....** Bedenken und Anregungen ein, die vom Gemeinderat am geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde denjenigen, die Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).
 6. Der Ortsgemeinderat hat am **11.06.91** diesen Bebauungsplan einschließlich den planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB i. V. mit § 86 Abs. 6 L.BauO).
- Rat, den **28.08.1991**..... Ortsbürgermeister
- Rat, den **05.06.91**..... Ortsbürgermeister
- I. Ausfertigung**
Anzeige gem. § 11 Abs. 3 BauGB
Es bestehen keine Rechtsbedenken
AZ: **62/610-13/RAMMELSBACH**
Kusel, den **21.08.1991**
Im Auftrag *[Signature]*
- Die Genehmigung wurde mit/ohne Ausnahmen erteilt (siehe Genehmigungsbescheid).
7. **Genehmigungswort für die planungsrechtlichen Festsetzungen nach dem Bundesbaugesetz und für die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach der BauO (§ 11 BauGB i. V. mit § 86 Abs. 6 L.BauO und § 203 Abs. 3 BauGB):**
Der Bebauungsplan ist **in Abs. 9 BauGB angelegt** worden am **28.08.91**.
 8. Der Ortsgemeinderat hat am die durch Auflagen in der Genehmigungsverfügung geänderte Satzung nochmals beschlossen (§ 10 BauGB i. V. mit § 11 BauGB).
 9. **Durchführung des Bausperrenverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB)**
Die **Genehmigungswort-Bekanntmachung** wurde am **05.08.91** ortsbüchlich bekanntgemacht (§ 12 BauGB i. V. mit § 86 Abs. 6 L.BauO). Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan einschließlich den planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen textlichen Festsetzungen rechtsverbindlich (§ 12 Satz 4 BauGB).
- Nachrichtlich: Die textlichen Festsetzungen und die Begründung sind mit Bestandteil des Bebauungsplanes.

ÜBERSICHTSPLAN M 1:10 000



GEMEINDE RAMMELSBACH

BEBAUUNGSPLAN „IN DER AU, I.ÄNDERUNG“

M 1:1000

Zeichen	Datum	geändert:	Maßstab:	Der Entwurfsverfasser:
aufgenommen		Ge / Mai 88	1:1000 1:10000	
bearbeitet:	rh	Sept. 87	Proj.-Nr.	255/86
gezeichnet:	Ge	Ok1. 87	Blattgröße	150/100

INGENIEURBÜRO
ASAL
Beratende Ingenieure VBI Kaiserslautern Tel. (0631) 64097